



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Neue Parteibildung in Österreich.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ist ein wesentlicher Punkt der englischen Politik, und kein Minister ist denkbar, der zu einer Verschließung desselben durch ein internationales Dekret ja sagen könnte."

Wir wissen nun deutlich, wo die Engländer in dieser Angelegenheit der Schuh drückt. Es fragt sich aber, ob das andre Leute, wenn es einmal zur Probe kommen sollte, auch so schmerzen wird, und wir erlauben uns, das zu bezweifeln.



Neue Parteibildung in Osterreich.



it dem Schluß der Reichsratscampagne fällt die Ankündigung einer neuen Parteibildung zusammen, von welcher Anhänger und Gegner großes erwarten; der scheinbare Gleichmut eines Theils der letzteren kann darüber nicht täuschen. Es handelt sich um eine liberale, nicht-nationale Partei. Die Empfindung, daß bei der bisherigen Parteigruppierung nur zwei Ziele noch möglich seien, ein föderalistisches Chaos oder der Absolutismus, hat sich schon wiederholt Luft gemacht, aber jeder Versuch, die jetzige unheilvolle Organisation zu sprengen, wurde von den Führern der Linken wie der Rechten gewaltsam erstickt. So leicht dürfte diesmal die Bewegung nicht zu unterdrücken sein. Den Anstoß zu derselben hat ein steirischer Abgeordneter, Robert von Walterskirchen, gegeben, indem er sein Mandat niederlegte, als er sich, namentlich in der Frage der Wahlreform, in Zwiespalt mit der sogenannten Verfassungspartei fand. Die Rechtfertigung seines Schrittes wurde zu einer in der That vernichtenden Kritik der Fraktionspolitik, und seine mit ungeheurer Majorität erfolgte Wiederwahl bewies, daß er keineswegs der alleinstehende Sonderling ist, zu welchem die Parteipresse ihn machen möchte. Einige andere schieden wenigstens aus der Linken, und zu diesem Häuflein hat sich nun ein Mann gesellt, welcher, seit langem in der Zurückgezogenheit lebend, nur hin und wieder in Flugschriften oder Sendschreiben an Zeitungen seine stets mit Aufmerksamkeit vernommene Stimme erhoben hat, Dr. Adolf Fischhof, der gewillt zu sein scheint, die Sache durchzukämpfen.

Dr. Fischhof, damals Assistenzarzt im Allgemeinen Krankenhause in Wien, war der Redner, welcher am 13. März 1848 die im Hofe des Landhauses versammelte Menge apostrophirte, spielte dann im Reichstage eine hervorragende Rolle, bekleidete eine Zeit lang die Stelle eines Referenten im Unterrichtsministerium, lebte nach der Niederwerfung der Revolution als praktischer Arzt in

Wien, ein Verdächtiger, dem jedoch nichts anzuhaben war, und siedelte vor einer Reihe von Jahren aus Gesundheitsrücksichten in ein Gebirgsdorf über. Schon in Kremfier hatte er die Fähigkeit gezeigt, zwischen dem radikalen Doktrinarismus und den Forderungen der praktischen Politik zu unterscheiden; er sah ein, daß die Entwicklung der Dinge in Frankfurt und Wien eine Situation geschaffen hatte, welche der österreichische Patriot acceptiren müsse, während seine meisten Genossen noch von der Verschmelzung des Unvereinbaren träumten. Hätte der Minister Bach es über sich vermocht, aus den Reihen seiner einstigen Gesinnungsgenossen diejenigen Männer an sich zu ziehen, die im wesentlichen auch damals dasselbe wollten wie er, oder hätte er auch nur irgendeine Art der Volksvertretung zugelassen, so würde ohne Zweifel Fischhof erheblichen Einfluß auf die Gestaltung der innern Politik Osterreichs gewonnen haben. Beinahe ein Jahrzehnt lang überwogen ja auf beiden Seiten der Leitha jene Elemente, die man im richtigen Sinne konservativ nennen kann, und mit deren Hilfe man freilich nicht zum Konkordat mit dem päpstlichen Stuhl, aber vielleicht zu einer Ordnung der Verhältnisse gelangt wäre, durch welche manchen spätern Wirren und Katastrophen hätte vorgebeugt werden können. Allein jenen wurde der Mund geschlossen wie den Revolutionären und den Dogmatikern des Konstitutionalismus. Was damals versäumt worden ist, das wird beleuchtet durch die eine Thatsache, daß die Verfassungsexperimente 1860 und 1861 kaum einem Widerspruch begegneten, welcher von dem Rechtsstandpunkte der außer Kraft gesetzten Kremfierer Verfassung von 1849 ausgegangen wäre: mit wieviel weniger würde man zufrieden gewesen sein, ehe das Jahr 1859 das absolutistische System thatsächlich gestürzt hatte, in der Zeit nach Preußens Demütigung und dem orientalischen Kriege!

In den sechziger Jahren war fast ganz Deutschösterreich zentralistisch gesinnt; eine Gruppe steirischer und oberösterreichischer Abgeordneter nannte sich wohl autonomistisch; wenn wir aber auf deren Wirken zurückschauen, entdecken wir nichts wesentlich unterscheidendes zwischen ihnen und der zentralistischen Mehrheit, außer daß sie zuerst den unheilvollen Gedanken aussprachen, Galizien müsse eine selbständige Stellung erhalten, den Polen überlassen werden. Die unverbesserlichen Idealisten meinten damit die alte Waffenbrüderschaft zwischen Deutschen und Polen sich wiedererkaufen zu können. An die Notwendigkeit, das viel wichtigere tschechische Element für die neue Ordnung zu gewinnen, dachten äußerst wenige, und um entschlossen den deutschen Staat und die Germanisirung Böhmens und Mährens zu proklamiren, war man natürlich viel zu liberal. Fischhof gehörte zu jenen wenigen, und wohl eben deswegen enthielt er sich der Teilnahme am parlamentarischen Leben. Er suchte als Publizist zu wirken, doch verhallte seine Mahnung damals fast ungehört, und wenig mehr Erfolg hatte er 1869, als schon Schmerling und Giskra mit ihrer Weisheit zu Ende waren. Vergeblich predigte er in einer durch splendiden Druck zu einem Buche

angeschwollenen Flugschrift die Verständigung der an der Erhaltung des Staatswesens interessirten Gegner des Absolutismus, Feudalismus und Klerikalismus innerhalb der verschiedenen Nationalitäten und proponirte ein Gesetz zum Schutze der Minderheiten. Man war zu befangen oder zu träge in den Reihen der Partei, von welcher Fischhof mit Recht die Initiative forderte.

Erst viel später und in einem entschieden ungünstigen Moment erinnerte ein Einzelner sich der Ratschläge des Einsiedlers von Emmersdorf. Dem zweiten Ministerium Auersperg war es gelungen, die strikenden Tschechen allmählich etwas mürbe zu machen. Sie selbst fingen an, die Abstinenzpolitik zu kritisiren; die Jungtschechen, müde, dem ultramontanen Adel Heeresfolge zu leisten, traten wieder in den böhmischen Landtag ein, und hätte man die noch schmolgenden ferner ignorirt, so würden sie aller Wahrscheinlichkeit nach von ihren Stammesgenossen selbst zum Eintritt in den Reichsrat gezwungen worden sein. Damit wäre der Zeitpunkt gekommen gewesen, ihnen versöhnliche Gesinnung zu bekunden. Und gerade da hatte der Redakteur der „Neuen freien Presse“ den unglücklichen Einfall, mit dem Tschechenführer Rieger bei Fischhof die Aufstellung von Friedenspräliminarien zu versuchen. Weit scheinen die Herren damit nicht gekommen zu sein, aber die Sache wurde ruchbar, tschechische Heißsporne deuteten den ohne Mandat unternommenen Schritt Etiennes als Waffenstreckung der Verfassungspartei und wurden wieder übermütig, auf der andern Seite lehnte Herbst, dieser böse Genius der genannten Partei, in seiner schroffen Weise jede Verhandlung ab, und die guten Früchte der abwartenden Politik des Ministers Laffer waren vernichtet.

Es braucht hier nur flüchtig daran erinnert zu werden, wie das der Führung Herbsts sich blindlings überlassende Abgeordnetenhaus dem damaligen, verfassungstreuen Ministerium die längere Existenz unmöglich machte, die Bildung eines neuen gleicher Färbung verhinderte und endlich das Kabinet Taaffe immer mehr nach rechts hinüberdrängte. Niemand als die Verfassungspartei selbst hat es verschuldet, daß die Tschechen, Polen und Klerikalen heute die entschiedene Mehrheit haben und von derselben einen ausgiebigen Gebrauch machen. Und so gehört die ganze Verblendung von Fraktionspolitikern dazu, sich mit der Hoffnung zu schmeicheln, daß sie durch starres Festhalten an dem veralteten Parteiprogramm das Gewicht wieder auf ihre Seite ziehen, oder daß abermals ein Deus ex machina, wie 1871 Beust, sie aus der Klemme befreien werde. Kraft der parlamentarischen Regierungsform, ihres Ideals, sind die deutschen Liberalen jetzt „an die Wand gedrückt,“ und sie thäten besser, aus dieser Situation Lehren für sich zu ziehen, als fortwährend über Vergewaltigung zu klagen.

Aus alledem scheint sich die volle Berechtigung des Versuchs einer neuen Parteibildung zu ergeben. Indessen stellen sich doch gewichtige Bedenken gegen das Programm derselben und noch mehr gegen die Wahl des Zeitpunktes ein.

„Von der Erkenntnis ausgehend,“ sagt ein Artikel, der von den Herren von Walterskirchen und Fischhof wenn nicht verfaßt, doch approbirt ist, „daß kein Staat auf die Dauer bestehen kann, in welchem sich die Parteien nach nationalen Gesichtspunkten sondern, da nationale Kämpfe im selben Maße wie religiöse noch immer und überall von zerstörender Wirkung waren, während Kämpfe um politische Prinzipien zu Gefundung und Kräftigung des öffentlichen Lebens führen, wollen wir den Sprachen- und Nationalitätenhader in möglichst enge Grenzen bannen.“ Zu diesem Zwecke soll der betreffende Verfassungsparagraph mit Ausführungsgeetzen versehen werden, welche der administrativen Willkür und Interpretationskunst einen Riegel vorschieben, also das Recht auf Schutz der Nationalität und Sprache genau fixiren und dadurch sämtliche Völker des Reiches, die Deutschen mit eingeschlossen, der Nötigung entheben, sich ihre rechtlichen Ansprüche in Form von KonzeSSIONen gewähren zu lassen. Damit, meint der Artikel, falle auch für die Nationalitäten der Antriebe weg, alles an die Erlangung der Regierungsgewalt zu setzen. Die deutsche soll als die Staatsprache anerkannt werden, „insofern dies durch die unabwieslichen Anforderungen des Staatsdienstes und des öffentlichen Unterrichts geboten ist. In jeder andern Beziehung wollen wir den andern Volksstämmen des Reiches die Pflege ihrer Sprache und Nationalität nicht nur gönnen, sondern so weit es an uns liegt, auch befördern, uns frei halten von dem verhängnisvollen Irrtume, daß alles, was einer fremden Nationalität nützen könne, schon aus diesem Grunde allein den Deutschen zu schaden geeignet sei.“

Des weiteren werden demokratische Forderungen gestellt: allgemeines Wahlrecht und völlige Beseitigung der Interessenvertretung, völlige Preß- und Versammlungsfreiheit, „zielbewusste Pflege der Interessen der arbeitenden Klassen.“

Der Aufsatz giebt sich selbst nur als „Programmskizze.“ Dieser Vorbehalt darf jedoch nicht hindern darauf hinzuweisen, daß die schwierigsten Probleme mit Wendungen abgethan werden, an welchem sich die — in diesem Falle nicht administrative, sondern parlamentarische und publizistische — Interpretationskunst nach Herzenslust üben kann. Was über die Lösung der Sprachenfrage gesagt wird, war seit langem fast genau ebenso in den meisten Wahlprogrammen zu lesen, auch die Minister Berger und Potocki stellten ähnliche Sätze auf, als 1870 ein Versöhnungsversuch gemacht werden sollte, der an der Unversöhnlichkeit auf der einen und der Ungenügsamkeit auf der andern Seite scheiterte. In der Theorie dürften auch die Tschechen zustimmen, allein über die Frage, wie weit das öffentliche Interesse das Dominiren der deutschen Sprache erheische, wird sofort wieder der alte Streit beginnen. Und diesmal unter viel ungünstigeren Verhältnissen. Dr. Fischhof sagt: „Ich machte aus meinen Ansichten kein Hehl, als noch die Verfassungspartei sich am Staatsruder befand: aber deutsch denkend und fühlend widersprechte es mir, ein Wort des Tadelns gegen sie auszusprechen zu einer Zeit, da der Deutschösterreicher sich hintangekehrt

fühlte.“ Diese Zeit ist aber nicht vorüber, und daß beinahe alles, was binnen Jahresfrist zu Gunsten anderer Nationalitäten durchgesetzt worden ist, den Deutschen zum Schaden gereiche, wird er nicht für einen Irrtum erklären wollen. Mit der nationalen Volksschule beginnend ist man zur Mittel- und Gewerbeschule, zum Polytechnikum, zur Universität fortgeschritten, zum Gebrauch anderer als der deutschen Sprache, sogar im inneren amtlichen Verkehr; was die Tschechen thun, äffen die Slovenen nach, ein Völkerbruchteil, welcher nicht entfernt für sich die Bedeutung beanspruchen kann, wie etwa die Vasken oder die Walliser; ein Fürst Czartoryski, der sich als Prätendent fühlen mag, verkündet den Kampf der slavischen gegen die germanische Welt; in Ungarn konstatirt man mit Hohn die Ausbreitung des magyarischen Elements seit der Neubegründung der „Freiheit“; wer anders trägt die Kosten dieser Errungenschaften, als das Deutschtum? Soll es ernst genommen werden mit der Erhaltung des Deutschen als Staatsprache, so muß die Schraube um mehr als eine Windung zurückgedreht werden, und dann hat man wieder alle Slaven gegen sich, auch die „Demokraten,“ darüber sollten die Herren Fischhof und Walterskirchen sich wohl klar sein. Kommt es aber nur darauf hinaus, die Gesetzgebungsarbeit der letzten Zeit zu sanktioniren, dann haben diejenigen Recht, welche erklären, es sei der Deutschen unwürdig, um solchen Preis den Frieden zu erbitten. Die Gründer der neuen Partei sind allerdings nicht verantwortlich dafür, daß wiederholt die günstige Zeit versäumt wurde. Aber sich zu schmeicheln, daß die Tschechen, welche die Hand des Grafen Potocki schnöde zurückstießen, heute, wo sie die Macht haben, zugänglicher und mäßiger sein würden, dazu gehört ein starker Glaube.

Die weiteren Programmpunkte lassen denn vollends keinen Zweifel übrig, daß wir es nicht mit kühlen Denkern, sondern mit ehrlichen Männern zu thun haben. Giska versprach seinerzeit dem Kaiser, die Nationen Osterreichs durch die Freiheit zu versöhnen; darauf erscholl aus Böhmen die Antwort: Lieber die russische Knute als die deutsche Freiheit! Das war indessen nur Redensart, man machte von den gewährten Freiheiten Gebrauch in dem erbitterten Kampfe gegen jene, welchen die Freiheiten zu danken waren. Und der Wiederkehr dieser Gefahr soll durch Ausdehnung des Wahlrechts vorgebeugt werden! Darüber nach all den Erfahrungen noch reden zu müssen! Gewiß nimmt sich der Zank, ob erst bei zehn oder schon bei fünf Gulden Steuer politischer Verstand und Vertrauenswürdigkeit beginne, possenhast aus, aber mit dergleichen Waffen muß gekämpft werden, weil niemand zu bekennen wagt, daß das allgemeine Stimmrecht, wenn für irgend ein Land, für Osterreich nicht geeignet ist. Doch hier müssen nun einmal alle Medikamente, welche anderswo ausgeheckt worden sind, am eignen Leibe probirt, und es muß uns totenübel darauf geworden sein, bevor wir einsehen, daß Osterreich eben ein besondres Individuum ist. An der allgemeinen Schulpflicht und der allgemeinen Wehrpflicht wurgen wir noch und

wollen des Deforums halber nicht gestehen, daß wir sie nicht vertragen können, jetzt das allgemeine Wahlrecht obendrein — Gott stehe uns bei! Eine Bevölkerung von so mannichfaltigen und größtenteils so niedrigem Bildungsgrade, ganze Länder, die dem Kommando der Pfarrer folgen, Bezirke so groß wie Fürstentümer, die von einem großen Herrn völlig abhängig sind, dann wieder eine Parteiorganisation, deren Mechanismus von einzelnen Zentren aus geleitet wird! Und da hinein treten die Herren mit der Phrase, „das Volk solle zum Herrn der eignen Geschicke gemacht werden,“ davon erwarten sie eine freisinnige und versöhnliche Vertretung!

Welcherlei Hintergedanken auch dabei im Spiele gewesen sein mögen: Schmerling kannte sein Vaterland besser, da er die jetzt so übelbeleumdete Interessenvertretung schuf, und es war vom Übel, daß er nicht vollends die konstitutionelle Schablone bei Seite warf. Der vergötterte Held des vulgären Liberalismus wäre er dann freilich nicht geworden. In der Verfassung von 1861 lagen aber ganz gesunde Gedanken, man brauchte sie nur aus der Umhüllung und Verschlingung mit den herkömmlichen Ballast zu lösen und konsequent fortzubilden. Noch scheint der Zeitpunkt nicht gekommen zu sein, um weiteren Kreisen begreiflich machen zu können, daß nicht eine ständische Vertretung an und für sich illiberal sei in einem Lande, in welchem trotz alledem die ständische Gliederung fortbesteht, sondern daß nur die einstige Verteilung der Gerichte den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprach; aber kommen wird er, wenn auch die Segnungen des allgemeinen Stimmrechts durchgekostet und der Staat dabei nicht aus den Fugen gegangen sein wird.

Wie dereinst die Institution für die ungenügende Ausbildung derselben büßen mußte, so gegenwärtig die Personen für die Institution. Diejenige Zeitung, welche nach den verschiedensten mißlungenen Versuchen, Beachtung zu finden, sich jetzt als offizielles Organ der neuen Partei giebt, spielt die eigentlichen Österreicher gegen die Deutschböhmen aus, denen sie alle Schuld an dem nationalen Wirrwarr in die Schuhe schiebt. Die Versöhnung der Nationen nimmt also ihren Anfang mit der Verhezung der Stammesgenossen! Nun ist es vollkommen richtig, daß die Deutschböhmen, da sie unmittelbar die Aggression des Tschechentums zu bestehen haben, sich am energischsten gegen jedes Zugeständnis an das letztere wehren, und daß es ihnen naturgemäß schwer wird, die Lage im großen unparteiisch aufzufassen; und vollends unleugbar ist die verderbliche Thätigkeit des Abgeordneten Herbst, welcher, obwohl Wiener von Geburt, als ehemaliger Prager Professor und Gewählter eines böhmischen Bezirks, die Führerschaft der deutschen Partei in jenem Lande an sich gerissen hat. Aber daß ebenso die ganze Verfassungspartei sich von ihm leiten ließ die langen Jahre hindurch, nachdem sie hundertmal sich von seinen Charaktereigenschaften überzeugen konnte und oft genug überzeugt hat, dafür dürfen nicht die Deutschböhmen verantwortlich gemacht werden. Man vergleicht jetzt hierzulande gern den deutschen Reichs-

tag mit dem österreichischen Reichsrat, hebt mit berechtigtem Selbstgefühl hervor, daß in Wien selbst in den erbittertsten parlamentarischen Kämpfen nie ein so pöbelhafter Ton vorkomme, wie er sich neuerdings in Berlin eingebürgert hat; man kritisiert ganz treffend die Verblendung eines großen Teils der deutschen Volksvertreter, welche von wenigen Klopffechtern sich gegen jeden Reformplan des Reichskanzlers aufhezen lassen. Haben wir jedoch in Abrechnung gebracht, daß wir keinen Bismarck besitzen, und daß wir die Verkehrsformen der gebildeten Gesellschaft besser wahren, so gewährt unser Parlamentarismus durchaus kein erhebenderes Schauspiel als der deutsche. Auch hier ist das natürliche Verhältnis zwischen den „Mandataren des Volkswillens“ und dem Mandanten gänzlich auf den Kopf gestellt, auch hier umnebelt der Parlamentsdunstkreis sonst klare Sinne so sehr, daß Blick und Gehör nicht mehr über die Fraktion hinausreichen, auch hier üben Redner und Herrschsüchtige eine Gewalt aus, welche man nur tyrannisch nennen kann, und was die Freude und die Geschicklichkeit, jemand ein Bein zu stellen, anbetrifft, ist Herr Herbst Herrn Richter fast ebenso überlegen, wie an gründlichem Wissen im Finanz- und Wirtschaftsweisen. Dieser Mann hat sich unvergängliche Verdienste um die Ordnung des Staatshaushaltes erworben, und niemand kann ihm seinen Grimm gegen jeden Schritt von der Bahn der Sparsamkeit und peinlichen Ordnung verübeln. Leider besitzt er, für den es bei großen und kleinen Dingen nur einen Gesichtspunkt, den des genauen Buchhalters, giebt, eine nicht unbedeutende Beredtsamkeit, Schlagfertigkeit, Advokatenroutine, welche Eigenschaften zusammengenommen ihn zum Beherrscher der Partei gemacht haben, und er ist eifersüchtig wie ein Komödiant. Wer einen parlamentarischen Erfolg hat, sitze er auf der Regierungsbank, auf der Rechten oder neben ihm selbst, an dem läßt Herbst sicher so bald als möglich seinen Groll aus oder sucht ihn womöglich lächerlich zu machen. Denn wer am meisten „Heiterkeit“ erregt, ist ja der größte Staatsmann, wie einem Komödianten applaudirt man ihm, „beglückwünscht“ ihn, wenn er seine Szene abgespielt hat, und wir würden uns nicht im mindesten wundern dürfen, wenn die Sitte aufkäme, einen besonders beliebten Redner herauszurufen. Wer hingegen die Kosten der Heiterkeit zu tragen hatte, der versucht, wenn er derselben Partei angehört, selten sich zu rächen, da er weiß, daß Herbst ein unversöhnlicher und unermüdlicher Feind ist; in der Regel unterwirft sich der Geschlagene auf Gnade oder Ungnade. Wie oft schon haben Einzelne gewagt, sich unabhängig zu machen, ihre eigenen Ansichten zu vertreten gegen das Herbstsche Losungswort — immer wieder beugten sie sich. So z. B. der jüngere Plener in der Frage der Okkupation von Bosnien. Von diesem Abgeordneten war man staatsmännische Gesichtspunkte gewohnt, und er bewährte sich auch bei jener Gelegenheit. Die Okkupationspolitik überhaupt, die Form derselben, die Art der Durchführung boten der Kritik zahlreiche Angriffspunkte, aber als der Reichsrat sich mit der Angelegenheit beschäftigen konnte, war nichts mehr zu ändern, und

es mußte als ein nicht sehr loyales Spiel erscheinen, daß die Opposition ihre Stellung in der Minorität benutzte, um von der Regierung ein Verhalten zu fordern, welches sie als Regierungspartei unmöglich hätte befürworten können. Doch wer damals nicht mit ihr ging, wurde so ausdauernd als Abtrünniger, als Ministerkandidat verdächtigt, bis er seine Reue bekannt und Besserung an den Tag gelegt hatte. So that auch Plener, auf welchen dann der treffende Witz gemacht wurde, er habe eine schöne Zukunft hinter sich. Es ist nämlich allbekannt, daß der Kaiser sich persönlich aufs höchste für den Erwerb der türkisch-slavischen Länder interessirt, deren Besitz ja längst als eine Nothwendigkeit erkannt worden war, wenn man das dalmatinische Küstenland behaupten wollte. Und nun treibt die Opposition einen förmlichen Sport damit, die Regierung in dieser Frage zu ärgern und sich selbst die Rückkehr zur Gewalt immer mehr zu erschweren, das Ministerium immer fester mit der Rechten zu verbinden. Und was diese Fraktionspolitiker sündigen, hat das Deutschtum in Österreich zu büßen. Die Deutschen werden nach ihren Vertretern beurteilt und gelten für einen Stamm, mit dem sich nicht regieren lasse.

An diesen Zusammenhang des Parlamentarismus mit den jetzigen Wirren darf aber nicht gerührt werden, und ebensowenig an den verhängnisvollen Einfluß des Judentums auf alle diese Fragen. Österreich liefert in der Stellung, welche die Juden in dem Nationalitätenstreit einnehmen, einen im höchsten Grade lehrreichen Beitrag zur Judenfrage im allgemeinen, und es läßt sich leider nicht leugnen, daß bei der Prüfung der einschlägigen Verhältnisse kein erfreuliches Licht auf die Deutschösterreicher fällt. Die Juden schließen sich hier immer derjenigen Nationalität an, welcher sie sich gewachsen fühlen, und in jedem Lande, in welches sich ein leichtlebiger, das Geld nicht achtender Volksstamm mit einem arbeitsamen und sparsamen teilt, finden wir sie als Gegner des letztern. Die Freundschaft zwischen Polen und Juden ist bekanntlich uralte, in Galizien sind seit der gänzlichen Unterdrückung des deutschen Elements die Juden unentbehrlich: der Kutshene leistet die schwere Arbeit, der Pole arbeitet womöglich garnicht, der Jude besorgt die Geschäfte im allerweitesten Umfange. Nur zu lange hat man die polnischen Juden zur deutschen Partei gerechnet, weil sie richtig berechnen, daß Unkenntnis der deutschen Sprache sie im Verkehr behindern würde; doch im übrigen sind sie so „edle Polen“ wie nur irgend ein Mitglied der Schlachta. In Ungarn ist das Verhältnis ganz ähnlich. Wohl nirgends haben sie so übermütige und gewaltthätige Behandlung erfahren, wie von ihren magyarischen Herren, aber sie ertrugen lächelnd alle Unbill, und der schimpfende und die Peitsche schwingende Tablabiro lachte, wenn er sah, wie der Jude sich auf seine Weise schadlos hielt. Die Söhne der mißachteten Schacherjuden sitzen jetzt in allen Zeitungsredaktionen, in den Advokatenstuben, im Reichstage, sind Grundbesitzer, haben den ganzen Handel in ihren Händen und erinnern sich bei guter Gelegenheit ihres deutschen Namens, um sich als Magyaronen doppelt

angenehm zu machen. Ein frecherer Unfug als die „deutsch-ungarischen“ Proteste gegen den deutschen Schulverein ist selten erlebt worden: die Namen der Veranstalter der Volksversammlungen und Verfasser der Proteste verrieten deutlich genug, mit welcher Sorte von Deutschen man es zu thun hatte. Den echten Schwaben in Ungarn und den Sachsen in Siebenbürgen ist es nicht eingefallen, sich gegen die Gründung oder Unterstützung deutscher Schulen zu wehren. Sie stehen auch, weil aus anderm Holz geschnitzt als die Wiener, bei den Juden garnicht in Gunst. In Böhmen und Mähren kommt der Jude gegen den Slaven nicht auf, daher ist er dort deutsch und schürt unermüdtlich gegen das Tschechentum. Dagegen wächst ihre Bedeutung unter der deutschen Bevölkerung Osterreichs in furchtbarer Progression. Die eigentlichen Alpenländer suchen sich ihrer noch zu erwehren, vor allem Kärnthen, ein Kernland, wo nicht, wie in Tirol, der Ultramontanismus im Spiel ist, sondern die verschiedenen christlichen Konfessionen so gut wie die Deutschen und Slovenen in voller Eintracht leben. Allein wie überall, wird auch in Osterreich der Einfluß der Hauptstadt stets mächtiger, und Wien ist auf dem besten Wege, vor lauter Liberalismus und Indolenz gänzlich zu verjuden. Und die „Wiener Allgemeine Zeitung,“ welche sich den Beinamen „Organ von und für Juden“ erschrieben hat und durch ihr unflätiges Gebelfer gegen die deutsche Regierung dem Gerücht, sie sei das Eigentum französischer Kapitalisten, Nahrung giebt, führt jetzt die Sache der „Kern-deutschen“ gegen die Deutschböhmen. Einen Mann wie Walterskirchen in der Gesellschaft zu sehen thut wahrlich weh!

Man muß natürlich abwarten, welchen Zuzug die neue Partei aus der Verfassungspartei erhalten wird. Allein es ist zu fürchten, daß sich deren Reihen eher noch enger schließen und daß Herbsts Herrschaft eher befestigt als erschüttert werden wird. Für den Augenblick könnte die Agitation für und wider, und könnte der populäre Name „Volkspartei“ vielleicht die Bevölkerung aus ihrer Apathie aufrütteln, in die sie freilich um so tiefer zurücksinken wird, wenn sie erfahren haben wird, daß die Dinge doch wesentlich beim alten bleiben. Der Parlamentarismus mit oder ohne Censur kurirt Osterreich nicht, und wenn selbst solche Farcen, wie die jetzt in Schlesien aufgeführte, wo eine Handvoll Tschechoslaven und eine zweite Handvoll Wasserpolaken Befreiung ihrer respectiven Nationalität von der germanischen Tyrannei fordern und dem Anschein nach durchsetzen werden, wenn selbst dergleichen das jezige System nicht ad absurdum führt, Herbst und Fitchhof werden den Ministern nicht die Nachtruhe stören. Einen Staatsmann brauchen wir, nicht dreihundert, und dieser eine scheint Herr von Walterskirchen noch nicht zu sein, so kindisch auch der Vorwurf ist, daß er bereits einmal sich geirrt und — man denke! — dies selbst eingestanden habe.

